



„Die Geißel des Hungers überwinden“

Erklärung der deutschen Bischöfe zur Welternährungslage

Die globale Ernährungslage hat sich in den letzten zehn Jahren zugespitzt. In den Jahrzehnten zuvor waren beachtliche Fortschritte bei der Überwindung des Hungers erzielt worden. Nun aber hat sich dieser Trend wieder umgekehrt. Nicht nur die absolute Zahl der Hungernden ist gestiegen (was vielleicht mit der wachsenden Weltbevölkerung erklärbar wäre). Auch der Anteil der Hungernden und Mangelernährten an der Gesamtbevölkerung hat zugenommen. Knapp eine Milliarde Menschen leiden heute an chronischem Hunger, davon 150 Millionen Säuglinge und Kleinkinder. Etwa zwei Milliarden können sich nicht ausgewogen ernähren. Weltweit am schlimmsten betroffen ist Afrika südlich der Sahara.

Diese Not darf die Menschheit nicht ruhen lassen – und gewiss nicht uns Christen! Wenn wir im *Vater Unser* das tägliche Brot erbitten, so werden wir jedes Mal neu an jene erinnert, denen das Nötigste zum Leben fehlt. Sie sind uns nicht Ferne und Fernste, sondern Brüder und Schwestern in der einen Menschheitsfamilie. Sie gehören zu den Armen und Notleidenden, in denen Christus selbst uns begegnen will. Hungernde zu speisen, zählt zu den im Matthäus-Evangelium beschriebenen Werken der Barmherzigkeit (Mt 25). Diese Forderung ist ein zentraler Pfeiler christlicher Ethik. Sie stellt einen Maßstab unserer Menschlichkeit dar.

Der sittliche Wille, die Geißel des Hungers zu überwinden, muss sich mit Einsicht in die Zusammenhänge und klugem Urteil verbinden. Nur fachlich geeignete Maßnahmen können die Lage nachhaltig bessern. So hat die Erfahrung der letzten Jahrzehnte gelehrt, dass Lebensmittelhilfe (außer bei unmittelbaren Katastrophen) die Fähigkeit der betroffenen Länder und Bevölkerungen schwächt oder zerstören kann, den Hunger aus eigener Kraft zu überwinden. Es ist also unabdingbar, die Ursachen des Hungers zu verstehen, um geeignete Lösungswege finden zu können.

Eine neue Studie der von den deutschen Bischöfen berufenen Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik befasst sich mit Hintergründen und Ursachen des Hungers. Sie erläutert Daten, Fakten und

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103-0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: <http://www.dbk.de>

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischöflichen Konferenz

Zusammenhänge. Im Licht der christlichen Sozialethik bewertet sie die Vorschläge, die in der internationalen Diskussion gemacht werden.¹ Gewiss ist es nicht die Aufgabe der Bischöfe, in die Debatte der Fachleute einzugreifen. Wohl aber wollen wir alle Verantwortlichen an ihre Pflicht erinnern, den ins Auge fallenden Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und das, was offenkundig getan werden kann, auch in Angriff zu nehmen. Einige Gesichtspunkte, denen besondere Bedeutung zukommt, möchten wir dabei herausstellen.

1. *Handlungsmöglichkeiten der Kleinbauern.* Es gehört zu den scheinbaren Paradoxien der Welternährungslage, dass die meisten Hungernden in den ländlichen Räumen der Entwicklungsländer leben und oft selbst mit der Produktion von Lebensmitteln zu tun haben. Tatsächlich verfügen arme Familien oftmals über so geringe Anbauflächen, dass sie nicht einmal in der Lage sind, ihren Eigenbedarf an Nahrungsmitteln zu produzieren. In vielen Ländern werden die ländlichen Gebiete nach wie vor sträflich vernachlässigt. Alles kommt hier darauf an, die Handlungsmöglichkeiten der Kleinbauern zu verbessern. Sie müssen in die Lage versetzt werden, einen wirkungsvollen Beitrag zur Überwindung des Hungers zu erbringen. Landreformen, politisch oft seit Jahrzehnten hinausgezögert, können dafür sorgen, dass die Anbauflächen groß genug werden, um wirtschaftlich lohnend betrieben werden zu können. Viele arme Bauern benötigen darüber hinaus verlässliche Landnutzungsrechte. Sie benötigen Schulung und Beratung sowie angepasste Technologien, um Ertragsteigerungen in ökologisch verträglicher Weise zu erzielen. Eine verbesserte Infrastruktur und der Zugang zu Dienstleistungen in den ländlichen Gebieten, eine bessere Teilhabe an den politischen Entscheidungen, die die Kleinbauern unmittelbar betreffen, und auch eine weitergehende Kooperation zwischen den Erzeugern bei der Produktion und Vermarktung sind ebenso unerlässlich. Die öffentlichen Investitionen in die Agrarforschung müssen ausgeweitet werden. Nichts von alledem geschieht von allein, im Gegenteil gilt es oft große Widerstände zu überwinden. Der politische Wille in den Machtzentren und die gesellschaftliche Organisation der Betroffenen, die durch die Kirchen und die Zivilgesellschaft unterstützt wird, müssen in einem Reformprozess ineinandergreifen. Nur so können echte Fortschritte erzielt werden.
2. *Faire Chancen für nachhaltige Produktion.* Eine großflächige hoch intensive Landwirtschaft, die große Mengen an Pflanzenschutz- und Düngemitteln einsetzt und ökologisch problematische agrarische Monokulturen hervorbringt, hat in der heutigen Welt nach wie vor Wettbewerbsvorteile, weil die Kosten für den Raubbau an der Natur auf die Gesellschaft und auf die nachkommenden Generationen abgewälzt werden können. Nach wie vor fehlt es an einer international abgestimmten Umwelt- und Klimapolitik, die dafür sorgt, dass die Preise die wirtschaftliche und ökologische Wahrheit sagen. Der Umweltgebrauch muss sich in Erzeugerkosten und Verbraucherpreisen niederschlagen. Nur so entsteht eine faire Konkurrenz, die die umweltgerechte Produktion

¹ Den Hunger bekämpfen. Unsere gemeinsame Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung. Eine Studie der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“. Herausgegeben von der Wissenschaftlichen Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 2012.

von Lebensmitteln – gerade auch in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und in den ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer – lohnend macht.

3. *Die Frage nach der „Grünen Gentechnik“.* Auch wenn weltweit noch landwirtschaftlich nutzbares Land vorhanden ist, kann von diesen brachliegenden Flächen aber größtenteils nur geringer Ertrag erwartet werden. Etliche fruchtbare Waldgebiete dürfen um des Erhalts der Artenvielfalt und um des Klimaschutzes willen nicht in Agrarland umgewandelt werden. Vor diesem Hintergrund werden heute die Möglichkeiten der „Grünen Gentechnik“ intensiv und kontrovers diskutiert. In einigen Weltgegenden hat sie auch bereits Einzug in die Landwirtschaft gehalten. Vielen scheint diese Technik die Chance zu eröffnen, die wachsende Weltbevölkerung (vor allem in den Städten) zu ernähren. In der Diskussion über die grüne Gentechnik gibt es aber unterschiedliche Einschätzungen der möglichen Vorteile und Risiken. Ein besonderes Problem liegt darin, dass mögliche langfristige Gefahren nicht vollständig überblickt werden können. Darüber hinaus muss auch bedacht werden, dass der Markt der „Grünen Gentechnik“ von wenigen multinationalen Konzernen dominiert wird, die über Patentrechte verfügen, durch die Millionen von Bauern in die Abhängigkeit von den Produkten dieser Konzerne zu geraten drohen. Die Lebensqualität und Kultur vieler Familien und Stämme könnte zerstört werden. Die „Grüne Gentechnik“ kann nur dann zu einem Baustein der Welternährungsstrategie werden, wenn die Risiken tatsächlich beherrschbar sind.
4. *Notwendige Reformen des Weltagrarmarktes.* Die Industrieländer – vor allem die USA und die Europäische Union – verfügen am Weltagrarmarkt nach wie vor über eine enorme Marktmacht. Wettbewerbsverzerrungen zu ihren Gunsten bestimmen das Bild. Wir möchten es deshalb klar aussprechen: Es ist nicht länger hinnehmbar, dass Exportsubventionen, andere Exportförderungsmaßnahmen (wie Exportkredite) und zahlreiche handelsverzerrende Unterstützungszahlungen der Nahrungsmittelwirtschaft in den Industrieländern ungerechtfertigte Vorteile verschaffen, die die Produktion in den armen Ländern unwirtschaftlich machen und so die Entwicklungsländer und die dort lebenden Bauern schädigen. Auch wird in der Europäischen Union der Marktzugang für landwirtschaftliche Güter aus Entwicklungsländern immer noch erschwert. Besonders ist hier die „Zolleskalation“ zu nennen, die darin besteht, dass der Importzoll je nach Verarbeitungsstufe des Produkts ansteigt. Auf diese Weise wird die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Grundprodukte zu hochwertigeren Lebensmitteln in den ärmeren Ländern unrentabel gemacht. Europa und die USA können aus eigener Kraft gewiss nicht die Ernährungsprobleme des Südens lösen. Die großen Wirtschaftsmächte des Nordens können und müssen jedoch alles unterlassen, was die Entwicklungschancen der Armen unfair und mutwillig untergräbt.
5. *Landkauf durch ausländische Investoren.* Sowohl westliche als auch asiatische Konzerne sind in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, vor allem in Afrika riesige Flächen zum Zwecke landwirtschaftlicher Nutzung zu kaufen oder langfristig zu pachten. Oft sind

die erzeugten Produkte zum Verbrauch in den Heimatstaaten der Konzerne bestimmt. Ausländische Direktinvestitionen können zwar unter Umständen für das Nehmer-Land gute Wirkungen erzielen. Tatsächlich laufen viele Projekte aber darauf hinaus, dass die einheimische Bevölkerung ohne Entschädigung vertrieben wird. Sie verfügt oft nicht über formelle Besitz-Titel und ihre traditionellen Besitzrechte werden verletzt. Mehr noch: Angesichts schlechter Regierungsführung und intransparenter Verhältnisse bleibt meistens unklar, in wessen Taschen das Geld, das für Kauf oder Pacht der Ländereien gezahlt wird, schließlich fließt. Die Erfahrung lehrt, dass oftmals die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und vor allem die Armen davon in keiner Weise profitieren. Zwingend erforderlich sind deshalb völkerrechtlich verbindliche Regeln, die dafür sorgen, dass die „Landnahme“ ausländischer Investoren nicht zum Nachteil der einheimischen Bevölkerung und zu weiterer Gefährdung von deren Ernährung ausschlägt.

6. *Energiegewinnung aus Nahrungspflanzen.* Eine weitere bedrängende Entwicklung besteht in der Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen, die in den letzten Jahren massiv ausgeweitet wurde. Mais, Zuckerrohr und Weizen dienen der Ethanolproduktion, aus Raps und Ölpalmen wird Agrardiesel hergestellt. In der Europäischen Union ist seit einigen Jahren die Beimischung von Agrarkraftstoffen zu den üblichen Treibstoffen sogar vorgeschrieben. Was dem Klimaschutz dienen soll, bedeutet in der Praxis einen erheblichen Verbrauch von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und damit eine geringere Produktion von Lebensmitteln. In der Folge steigen die Preise. Nachdrücklich sprechen sich die deutschen Bischöfe gegen die Förderung von Agrarkraftstoffen aus, wenn dies auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion geschieht. Wir ermutigen stattdessen zu weiteren Forschungen im Bereich der sogenannten „zweiten Generation“ von Energiepflanzen, die nicht für die menschliche Nahrungsbereitung geeignet sind und auf Böden heranwachsen, die für die übliche Agrarwirtschaft nicht genutzt werden können.
7. *Spekulation mit Agrarprodukten.* Nach der Finanzkrise des Jahres 2008 ist auf den Finanzmärkten die Spekulation mit Nahrungsmitteln angewachsen. Bestimmte Finanzprodukte (wie herkömmliche Waretermingeschäfte) gehören zum klassischen Repertoire der Märkte und dürfen als sinnvoll angesehen werden, weil sie eine Art Versicherung für den Ausfall von Lieferungen darstellen. Die neue Welle der Spekulation, ausgelöst von nicht-kommerziellen Händlern, scheint sich jedoch von der Realwirtschaft abgelöst zu haben. Sie ist mitverantwortlich für die starken Preisschwankungen der letzten Jahre und treibt das Preisniveau insgesamt mittelfristig nach oben. Die Politik ist deshalb aufgefordert, eine angemessene Regulierung des Marktes für diese Finanzinstrumente vorzunehmen und die Spekulation einzudämmen. Erhebliche Verantwortung tragen auch Banken und andere Finanzmarktakteure, wenn sie sich an solchen moralisch fragwürdigen Spekulationsgeschäften beteiligen.

Diese Anmerkungen erinnern vor allem die Politik – in den Entwicklungsländern, aber auch im Norden der Welt – an ihre Verantwortung. Wir alle sollten darüber aber nicht vergessen,

dass jeder von uns mit seinen tagtäglichen Konsum-Entscheidungen als Verbraucher Einfluss auf die Märkte nimmt. Wenn wir als Bürger und als Konsumenten in unserem eigenen Verhalten eine neue Wertschätzung von Lebensmitteln zum Ausdruck bringen und unseren Widerwillen dagegen zeigen, dass in unserem Land etwa ein Drittel der Nahrungsmittel vernichtet statt verzehrt wird, so senden wir mit diesem Verhalten Signale an die an der Landwirtschaft Beteiligten, an den Handel und die Politik. Wenn wir uns bei den Kaufentscheidungen und auch in unseren Essgewohnheiten an den Maßstäben der sozialen Verantwortung und der ökologischen Nachhaltigkeit orientieren, dann verändern sich die Märkte und deren politisch verantwortete Rahmenbedingungen. Als Christen schulden wir der Gesellschaft das Zeugnis unseres Glaubens, dass die Umwelt nicht bloß Rohmaterial für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ist, sondern Gottes Schöpfung, die uns zur Nutzung anvertraut ist und nicht zerstört werden darf. Hieran erinnert uns regelmäßig das „Erntedank“-Fest, das den Dank für Gottes Gaben mit einem Nachdenken über einen verantwortungsvollen Umgang mit ihnen verbindet. So wollen wir, gerade durch die „kleinen“ Entscheidungen jedes Einzelnen im Alltag, für die Hunderte von Millionen eintreten, denen das tägliche Brot versagt bleibt.

Verabschiedet im Ständigen Rat am 26. Juni 2012

Die Deutsche Bischofskonferenz ist ein Zusammenschluss der katholischen Bischöfe aller Diözesen in Deutschland. Derzeit gehören ihr 67 Mitglieder (Stand: Juli 2012) aus den 27 deutschen Diözesen an. Sie wurde eingerichtet zur Förderung gemeinsamer pastoraler Aufgaben, zu gegenseitiger Beratung, zur Koordinierung der kirchlichen Arbeit, zum gemeinsamen Erlass von Entscheidungen sowie zur Kontaktpflege zu anderen Bischofskonferenzen. Oberstes Gremium der Deutschen Bischofskonferenz ist die Vollversammlung aller Bischöfe, die regelmäßig im Frühjahr und Herbst für mehrere Tage zusammentrifft.